

Agenda 2010: Ein Armutszeugnis?

VON BERNHARD JIRKU¹

Die Verarmung der Bezieher von Lohnersatzleistungen und sozialen Transferleistungen und ihrer Familien hat eine Vorgeschichte, deren Auswirkungen sich im Verlauf der Jahre addiert haben: Die Sozialhilfe ist bereits seit etlichen Jahren der Höhe nach nominell eingefroren, das heißt, sie sinkt jährlich real um den Prozentsatz der Inflationsrate. Die Arbeitslosenhilfe sinkt seit vielen Jahren jährlich nominell um 3 Prozent. Sie sinkt also real pro Jahr um 3 Prozent plus Inflationsrate. Auch familien- und kinderspezifische Leistungen wie zum Beispiel das sogenannte Erziehungsgeld sind seit langen Jahren nominell eingefroren und sinken dementsprechend jährlich real in Höhe der Inflationsrate.

Durch die Agenda 2010 kommt ab Januar 2005 die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe hinzu, von der Haushalte mit mittleren wie unteren Einkommen in besonderem Maß betroffen sein werden.

Vielfältige Formen der Einkommensminderung

Auch die Verarmung von Beschäftigten hat bereits vor Jahren begonnen und führt zu Effekten, die sich aufsummieren: Betriebsaufspaltungen, Auslagerungen oder Privatisierungen, Scheinselbstständigkeit und Preissenkungen für die Zulieferanten sowie weitere Formen der Parzellierung und Kostensenkung in Produktion und Dienstleistungen finden fortlaufend Anwendung. Die Auslagerung von Teilen der Betriebsabläufe und der Belegschaft trifft vorwiegend einfache Tätigkeiten (zum Beispiel Reinigung und Bewachung) und damit die unteren Vergütungsgruppen. Eine Verlagerung ist oftmals mit Lohnsenkungen verbunden. Im Ergebnis werden

ohnehin relativ geringe Löhne weiter abgesenkt, teils bis auf das Niveau der absoluten Armut (Sozialhilfeniveau), teils sogar darunter.

Gleichzeitig werden übertarifliche Leistungen und Zuschläge abgebaut, finden unterschiedliche Varianten von Tarifflucht sowie andere Formen der Lohnsenkung Verbreitung. Derartige Managementmethoden treffen die unteren und mittleren Vergütungsgruppen besonders hart, führen hingegen für Anteilseigner und Unternehmensvorstände oft zu stattlichen Einkommenszuwächsen.

Als jüngste Variante kommt – gestützt durch die Agenda 2010 – das Ansinnen hinzu, die Wochen- und Jahresarbeitszeit (ohne entsprechende Lohnzuwächse) zu verlängern. Betrieb für Betrieb sollen jenseits eines verbindlichen Flächentarifvertrags die Stundenlöhne gesenkt werden. Im Effekt dürften untere Einkommen in die absolute, mittlere Einkommen in die relative Armut (die Hälfte des Durchschnittslohns) gedrängt und noch mehr Menschen entlassen werden.

Auch in einem Beschäftigungssegment mit relativ positiver Entwicklung, dem der Teilzeitarbeit, lauern Armutsfallen: Geringfügige Beschäftigung und Teilzeit fördern tendenziell die Verarmung, da zwar der Stundenlohn gleich hoch ist, der Monatslohn jedoch entsprechend niedriger liegt. Verstärkt werden derartige Effekte dadurch, dass geringfügige Beschäftigung und Teilzeit weit überwiegend in unteren und mittleren Vergütungsgruppen vorzufinden sind – Einkommensgruppen, die selbst bei Vollzeit ohnehin in der Nähe oder unterhalb der relativen Armutsgrenze liegen. Durch die Ausweitung von geringfügiger Beschäftigung (sogenannte Minijobs) und Teilzeitarbeit im Niedriglohnbereich wächst die Bevölkerungsgruppe der sogenannten ‚*working poor*‘ (etwa ‚arbeitende

Arme‘; die Red.), die an oder unter der absoluten Armutsgrenze leben.

Beschäftigung sinkt

Nach dem Platzen der sogenannten Börsenblase tritt jetzt das Absinken des Beschäftigungsvolumens (vergleichbar den Erscheinungen um 1929) zunehmend zu Tage: Wertberichtigungen in den Bilanzen und Sparmaßnahmen, weniger Arbeitsvolumen und weniger Beschäftigung, weniger Aufträge und weniger Konsum, Umsatzeinbrüche und mehr Firmenpleiten. Seit Jahren sinken nicht nur die unteren und mittleren Einkommen sondern auch die Beschäftigungsquote. Ihr Pendant, die Arbeitslosigkeit, nimmt zu und damit auch die allmähliche Verarmung breiterer Bevölkerungskreise. Arbeitsverdichtung und Personalabbau (vorzufinden gerade auch bei den einfachen Tätigkeiten beziehungsweise den unteren Lohngruppen) oftmals in Verbindung mit der Auftragsvergabe an Dritte oder Auslagerung der Tätigkeiten tun ihr Übriges.

Addiert man die hier angesprochenen Trends, ergeben sich vielfältige Formen der Einkommensminderung, sei es dass sie sich um Lohnsenkungen oder um Entlassungen oder um den Abbau von Sozialleistungen ranken. Im Endergebnis nimmt die Verarmung der unteren und mittleren Einkommensschichten Schritt für Schritt zu. Die Agenda 2010 führt diesen Prozess fort.

Armut ist vorwiegend weiblich und/oder hat oftmals einen Migrationshintergrund; sie ist häufig besonders jung oder besonders alt oder behindert. Verunsicherung und Entfremdung gegenüber Staat, Politik und Wirtschaft greifen um sich. Empörung und Wut kommen hinzu, wenn offenbar einzig noch die Einkommen der sogenannten Leistungsträger in Vorständen und Aufsichtsräten wachsen (die überdies von den Politikern fordern, die Spitzensteuersätze weiter zu senken).

¹ Bernhard Jirku ist auf der Bundesebene als Referatsleiter der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft, ver.di zuständig für Arbeitsmarktpolitik und Erwerbslosenarbeit.

Darüber hinaus wirkt sich die Verarmung der Staatskassen, insbesondere die der Kommunen, auf die unteren und mittleren Einkommensschichten in besonderer Weise aus. Die durch Steuer-senkungen und Steuergeschenke an Vermögende reduzierten Handlungsspielräume der öffentlichen Kassen treffen bei Kreisen und Kommunen zunehmend deren Dienstleistungen (unter anderem bei sozialen Diensten, Bildung, Kultur, Sport). Das sind Angebote, auf die insbesondere die unteren Einkommensgruppen angewiesen sind. Dienste werden eingeschränkt oder eingestellt; oder sie führen durch Gebührenerhöhungen zu relativ hohen Belastungen für untere und mittlere Einkommensschichten.

Mit der Agenda 2010 wird der Prozess der Pauperisierung nicht gestoppt, geschweige denn gewendet – im Gegenteil, er wird systematisch beschleunigt. Vorbereitet wurde die Agenda 2010 in 2002 als ‚Vermittlungsskandal‘ der Arbeitsverwaltung und durch eine Neuauflage der ‚Faulenzerdebatte‘. Bald darauf wurden die Konzepte in die sogenannten Hartz-Gesetze umgemünzt, die in 2003 in einen Allparteienkompromiss um die Agenda 2010 herum übergeleitet wurden.

Die Agenda 2010 beschleunigt die Verarmung

Von der Aufwertung der Leiharbeit in 2003/2004 werden abermals untere und mittlere Einkommensgruppen besonders getroffen. Von der sogenannten Zeitarbeit gehen zugleich Effekte aus, die bei den Stammbeschafteten (wiederum verstärkt in den unteren und mittleren Vergütungsgruppen) lohnsenkende Wirkungen entfalten und so zur Verarmung weiterer Bevölkerungskreise beitragen.

Hinzu sind seit Januar 2004 die aus der Krankenversicherung ausgelagerten

Kosten für medizinische Leistungen getreten. Auch Haushalte, deren Mitglieder in absoluter Armut leben, müssen nun die Eigenleistungen in den üblichen Grenzen tragen. Haushalte mit geringem Einkommen nehmen die Gesundheitsdienstleistungen entsprechend zurückhaltend in Anspruch: Krankheit und geringere Lebenserwartung korrelieren mit Armut.

Bei der Rente wird mit der Einführung des sogenannten Nachhaltigkeitsfaktors mittel- bis langfristig das Leistungsniveau weiter gesenkt. Renten werden für einen zunehmend größeren Teil der älteren Menschen, insbesondere Frauen, auf oder sogar unter das Niveau der Sozialhilfe beziehungsweise der Grundsicherung absinken. Durch die Aufstockung von hälftigen auf volle Versicherungsbeiträge, wie jüngst bei der Pflegeversicherung, sinkt das Rentenniveau ebenfalls.

Hinzu wird zum 1. Januar 2005 die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und die Umbenennung der Sozialhilfe in Arbeitslosengeld II (Alg II) treten. Dies wird vor allem Haushalte an der relativen Armutsgrenze treffen und sie in die absolute Armut drücken. Das Alg II knüpft bei der seit Jahren eingefrorenen (real also abgesenkten) Sozialhilfe und der beständig eingeschränkten Arbeitslosenhilfe an. Bereits seit Januar 2003 sind durch die Einschnitte bei der Arbeitslosenhilfe (weitergehende Anrechnung von Ersparnissen und Partnereinkommen) viele Personen verarmt.

Durch die sogenannte Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe werden ab Januar 2005 weitere rund 500.000 Personen keine einschlägigen Lohnersatzleistungen mehr erhalten; in Ostdeutschland betrifft das knapp ein Drittel aller Leistungsbezieher. Die Zahl derjenigen, die zukünftig mit Haushaltseinkommen in Höhe der absoluten Armutsgrenze leben müssen,

steigt um gut 50 Prozent von knapp 3 Mio. auf rund 4,5 Mio. Menschen. Den unteren Einkommensgruppen werden aufgrund der gesetzlichen Einschnitte im Zeitraum der Jahre 2004 bis 2005 Einkünfte von jährlich 6 bis 8 Milliarden Euro entzogen – ein Volumen um das die Spitzensteuerzahler in etwa jährlich bereichert werden.

Auch die Beschäftigten werden die Auswirkungen des Alg II zu spüren bekommen. Die Zumutbarkeit von Niedrigstlöhnen - das heißt auch Löhnen weit unter Tarif – für Alg-II-Bezieher wird zusätzlichen Druck auf die Löhne ausüben - zunächst vor allem auf die unteren und dann auch auf die mittleren Lohngruppen. Die Spirale von Lohnsenkungen, Anwachsen der Armut, Reduzierung von Kaufkraft, Sinken des Beschäftigungsvolumens, Zunahme von Insolvenzen (bei Verbrauchern wie bei Firmen) wird sich erneut drehen.

Materielle Nöte verstärken Verunsicherung und Angst

Immer breitere Bevölkerungskreise erfahren, was Armut tatsächlich bedeutet. Immer mehr Menschen sind von sich gegenseitig überbietenden Forderungen der Besserverdienenden zu weiterem Lohn- und Sozialabbau bedroht. Materielle Nöte verstärken Verunsicherung und Angst. Die Erfahrung von Armut kann weder schön noch hinweg geredet werden.

Verarmung schlägt sich in Verschuldung und wachsender Konsumzurückhaltung nieder. Auch die Wirtschaft leidet unter der Kaufkraftschwäche im Inland (ein Phänomen, das zum Teil durch Exportstärke verdeckt wird). Eine gerechtere Verteilung von Armut und Reichtum steht also auf der Agenda – Gerechtigkeit, die Land und Leuten mehr Prosperität ermöglichen kann.